



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

72. Sitzung (öffentlich)

9. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Wolfsmanagement und Herdenschutz: Wie steht es um die finanzielle Ausstattung in NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) | 8 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5946

– Wortbeiträge | |
| 22 | Wolfsland NRW braucht präventiven Herdenschutz und Entschädigungskonzepte für Halterinnen und Halter | 22 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14073

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage) | |

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72.. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlagen 17/5659 und 17/5722

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 – Einzelplan 10 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Volksinitiative „ARTENVIELFALT NRW“ 42

Vorlage 17/3616

Ausschussprotokoll 17/1587 (Anhörung vom 4.10.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, der Volksinitiative nicht zu folgen.

5 Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen – Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden 49

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13085

Ausschussprotokoll 17/1511 (Anhörung v. 25.08.2021)

– wird nicht behandelt

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72.. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

6 Landwirtschaft schützen, Bodenpreise dämpfen, Bodenspekulation beenden – NRW braucht ein wirksames Agrarstrukturgesetz! 50

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14937

– wird nicht behandelt

7 Nutzung von Synergieeffekten zur Stärkung der Wertschöpfung für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen 51

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14956

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/14956 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

8 Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz (AusfGFlurbG) 54

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15235

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

9 FFH – Klage der EU-Kommission: Welche Konsequenzen ergeben sich für NRW? 55

Vorlage 17/5711

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72.. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

10 Welche Pläne hat die Landesregierung zur Umsetzung der GAP-Reform? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 56

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5934

– Wortbeiträge

11 Situation am Schweinemarkt (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP) 58

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5943

– Wortbeiträge

12 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) – Was ergibt sich durch den neuen Bewirtschaftungsplan? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 60

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5923

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/5923 zur Kenntnis.

13 Neue (Teil-)Wasserschutzgebietsverordnung (WSGVO) (Bericht beantragt von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 61

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5924

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72.. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

14 Auswirkungen des Insektenschutzpakets in NRW (*Bericht beantragt von
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **62**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5933

– Wortbeiträge

* * *

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlagen 17/5659 und 17/5722

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, heute berate der Ausschuss abschließend über den Haushaltsplan 2022. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Bianca Winkelmann (CDU) fände es wichtig, wenn der Ausschuss zu einem einstimmigen Votum zum Haushaltsplan 2022 komme. Sie wolle gar nicht in die Tiefe einsteigen. In der nächsten Plenarsitzung werde die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes stattfinden. Ihr seien zwei, drei Dinge sehr positiv aufgefallen. Die Mittel für die EU-Programme außerhalb der GAK umfassten 50 Millionen Euro, d. h. die Mittel würden von 212,48 Millionen Euro auf 263,19 Millionen Euro erhöht. Gleiches gelte – das sei in den Jahren der Regierungsverantwortung von Schwarz-Gelb wichtig gewesen – für die Mittel für die Verbraucherzentralen, die aufgestockt würden. Herr Kaschny habe darauf hingewiesen, 37 Millionen Euro würden für den Naturschutzhaushalt eingestellt. Das sei ein wichtiger Posten in diesem Haushalt.

Man sehe Ausgabenzuwächse für den Wald und auch für die wichtigen Fragen des Klimaanpassungsgesetzes, das vor der Sommerpause auf den Weg gebracht worden sei. Im aktuellen Haushaltsentwurf finde man viele Maßnahmen, die mit Geld untermalt würden. Der Entwurf sei rund. Ihre Fraktion stimme dem Haushaltsentwurf zu.

René Schneider (SPD) gibt namens der SPD-Fraktion ein kurzes Statement zum aktuellen Haushalt ab. Im Ausblick habe die Ministerin einen Zukunftsplan vorgelegt. Er habe im Haushaltsplan nachgeschaut, wie der finanziell flankiert sei. Es sei irgendwie nicht so richtig gelungen. Aber vielleicht werde in der kommenden Zeit noch aufgeklärt, wo das Geld für den Zukunftsplan hinterlegt sei. Seine Fraktion habe sich Gedanken gemacht, an welchen Stellen mehr Geld investiert werden sollte. Es würden Anträge folgen in Sachen Biologische Stationen, der Fischerei, Wertschöpfungszentren, zu den Kleingärtnern und zum Klimaschutz. Er kündige an, dass die SPD-Fraktion die Forderung des NABUs zum Sonderprogramm „Artenschutz“ in Höhe von 15 Millionen Euro ausdrücklich unterstützt werde.

Der neue Ministerpräsident habe angekündigt, den Vertragsnaturschutz zu stärken. Das habe man gehört. Aber im Haushaltsplanentwurf sei davon noch nichts zu sehen. Er frage die Kollegen von CDU und FDP, ob da noch ein Änderungsantrag komme.

Norwich Rüße (GRÜNE) gibt an, im jetzigen Zustand sei der Einzelplan 10 für seine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Während Frau Winkelmann den Haushaltsplan als runde Sache bezeichne, würde er für diesen Haushaltsplan feststellen, dass er erhebliche Unwuchten besitze. Er bemängele sei Jahren, dass der Naturschutzetat – es sei ein Witz, dass Frau Winkelmann ihn erwähne, dass sie sich traue, die Zahl zu nennen – nicht angemessen ausgestattet sei. Der Naturschutzetat sei ein Witz angesichts der Herausforderungen, die es in dem Bereich gebe. Allein in puncto Artenvielfalt müssten viel mehr Gelder eingestellt werden. Er empfehle immer wieder den Blick darauf zu legen, was die Koalitionsfraktionen in Richtung Landwirtschaftskammer machten, welche Dynamik da in den letzten Jahren erzeugt worden sei, und das mit dem zu vergleichen, was daneben im Naturschutzbereich gemacht werde. Wenn man das übereinanderlege, könnte man eine schöne Grafik erstellen. Die würde das wunderbar zeigen. Da sei er völlig enttäuscht.

Ebenfalls enttäuscht sei er, was den Bereich Hochwasserschutz angehe. Auch da hätte er sich gewünscht, dass die Landesregierung noch einmal reagiere. Er glaube, das sei ein Thema, das Herr Deppe in der Vergangenheit, auch zu Regierungszeiten von Rot-Grün, kritisiert habe. Man würde da zu wenig machen. Er finde, da werde jetzt auch zu wenig gemacht. Der Warnschuss, den man bekommen habe, werde nicht genutzt, um deutlich draufzusatteln. Naturschutz und Hochwasserschutz seien zwei wirkliche Baustellen, die der Einzelplan 10 nicht hinreichend berücksichtige. Seine Fraktion werde entsprechende Änderungsanträge dazu stellen. Wenn die anderen Fraktionen dem zustimmen würden, dann sähe es mit der Zustimmungsfähigkeit der Grünen zum Einzelplan 10 wieder anders aus.

Andreas Keith (AfD) meint, der Entwurf gehe zumindest in die richtige Richtung. Er sei froh, dass die 20 Millionen Euro – das habe die AfD schon im 2018 gefordert, das sei damals abgelehnt worden – jetzt zumindest in diesem Entwurf drin seien. Er sei Herrn Rüße sehr nahe: Aufgrund der Ereignisse im Juli reiche das nicht aus. Das sei definitiv zu wenig.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in den letzten Monaten – Corona, Flutkatastrophe, aber auch die Explosion in Leverkusen – sei die Problematik mit dem Borkenkäfer in den Hintergrund gerückt. Dieses Jahr sei feucht gewesen. In den Wäldern sei es nicht ganz so schlimm mit der Population gewesen, es habe eine weniger gegeben als erwartet. Nichtsdestotrotz könne man davon ausgehen, dass man in den nächsten Jahren unter Umständen wieder größere Populationen und mehr Schäden haben werde. Da werde es sicherlich von seiner Fraktion noch einen Änderungsantrag geben. In der Forstwirtschaft werde definitiv zu wenig unternommen. Daher sei der Einzelplan 10, so wie er hier vorliege, für seine Fraktion nicht zustimmungsfähig. Die AfD werde noch Änderungsanträge stellen. Er hoffe, dass die Landesregierung in dem Bereich noch nachlege. Dann könnte sich seine Fraktion überlegen, dem Einzelplan zuzustimmen oder sich zu enthalten.

Markus Diekhoff (FDP) führt aus, der Einzelplan 10 sei so, wie er sei. Die Kritik von Herrn Rüße weise er zurück. Der Einzelplan sei ja nicht geringer geworden, jedes Jahr

werde um mehr Geld für Naturschutz, für mehr Geld für den Einzelplan gekämpft. Schwarz-Gelb habe einen sehr mickrigen Einzelplan von Rot-Grün übernommen. Jetzt versuche man, die Dinge voranzutreiben und aufzubauen. Mehr habe es früher auch nicht gegeben. Es sei ja nicht so, dass der Etat zurückgefahren worden sei. Die Herausforderungen würden angenommen. Im Bereich Wald und anderen Bereichen sei viel getan worden, insbesondere im Bereich Hochwasserschutz. Das betreffe Monitoring und Vorhersagen. Der Rest könne da jetzt noch gar nicht drin stehen, soweit er überhaupt in diesem Einzelplan auftauche. Es gebe auch andere Hilfstöpfe und andere Ministerien, die am Wiederaufbau arbeiteten. Alles andere wäre im nächsten Jahr eh noch nicht verbaubar in weiten Teilen. Darauf müsse man Rücksicht nehmen.

Dass die Landwirtschaft der große Profiteur sei, sehe er nicht. Es gebe historische Gründe, warum die Landwirtschaftskammer soviel Geld bekomme. Das habe auch mit der Umstellung der Struktur der Kammer zu tun. Auch das sei bekannt. Ja, mehr Geld wäre schön, aber mit dem Geld, das in der soliden Haushaltsführung da sei, in diesem Einzelplan werde viel erreicht. Man sichere das, was man habe und gehe darüber hinaus. Auf diesen Anspruch könne man zu Recht stolz sein. Seine Fraktion stimme selbstverständlich diesem Einzelplan zu.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) führt sie wisse, dass Herr Rüsse die Landwirtschaftskammer nicht in sein Herz geschlossen habe. Er frage in regelmäßigem Abstand immer wieder, wieso die Mittel bei der Landwirtschaftskammer erhöht würden. Sie wolle das gerne noch einmal erläutern.

Die Landwirtschaftskammer sei ein wichtiger Partner, gerade was den kooperativen Umweltschutz angehe. Es werde immer gesagt, dass die Landwirte mitmachen sollten, den Landwirten werde vieles abverlangt. Das bedeute auch, dass man sich darum kümmern müsse, dass die Landwirte diesen Weg mitgehen könnten. Deshalb sei beispielsweise in diesem Jahr die Biodiversitätsberatung bei der Landwirtschaftskammer erhöht worden. Es sei so ein wichtiger Punkt, den Landwirten deutlich zu machen, was sie im Bereich Biodiversität machen könnten. Das werde den Landwirten über die Landwirtschaftskammer durch eine gute Beratung über Leitbetriebe der Biodiversität zur Verfügung gestellt.

Die Berater der Landwirtschaftskammer – auch das sei ein Vorteil – sprächen auch die Sprache der Landwirte, was auch hier deutlich weiter helfe. Das Gleiche finde auch im Bereich der Wasserkooperationen statt. Auch hier spiele die Landwirtschaftskammer eine wichtige Rolle, wenn es darum gehe, das man tatsächlich weniger Nitrat bekomme, welche Maßnahmen man da machen könne. Insgesamt stünden im Haushalt 100 Millionen Euro mehr. Davon seien 20 Millionen Euro zusätzlich beim Hochwasser, es kämen 36 Millionen Euro zusätzlich von der EU hinzu.

Bei den Waldmitteln liege man jetzt bei 50 Millionen Euro für das nächste Jahr, habe aber auch hier nochmal die Möglichkeit, zusätzliches Geld zu bekommen. Man müsse jetzt einmal gucken, wie sich die Schäden in diesem Jahr entwickelten. Sie habe allmählich die Hoffnung, dass man von der Extremwetterrichtlinie wegkomme in die Wiederaufforstung hinein. Das wäre ein wichtiger Schritt. Es werde noch weitere

Hochwassermittel geben, das könne sie hier ankündigen. Zurzeit werde ein Hochwasserschutzprogramm entwickelt, das jetzt in der engsten Abstimmung sei. Das werde auch noch einmal mit finanziellen Mittel unterlegt werden zusätzlich zu dem, was sie hier geschildert habe.

Sie sei zufrieden damit, dass man in dieser schwierigen Zeit noch einmal 100 Millionen Euro mehr erhalten habe, mit denen man einige wichtige Themen tatsächlich umsetzen könne.

Zum Naturschutz, 37 Millionen Euro: Hier sei man in der Tat konstant geblieben. Auf der anderen Seite müssten die Mittel, die beispielsweise für die Bürodiversitätsberatung vorgesehen seien, die letztlich dem Naturschutz indirekt zur Verfügung stünden, mit berücksichtigt werden. Auch da habe auf bei dem aufgebaut, was Rot-Grün übergeben habe.

Norwich Rübe (GRÜNE) wiederholt, natürlich müsse die Landesregierung auf dem aufbauen, was Rot-Grün damals gemacht habe. Aber die Steigerung sei schon erstaunlich, die im Bereich Landwirtschaftskammer gemacht werde, gegen die er im Übrigen gar nichts habe. Er finde es nur merkwürdig, wenn die Frau Ministerin „konstant“ sage, dann bedeute das effektiv, auch wenn die Inflation nicht so groß sei, dass man einen Verlust über die Jahre habe. Naturschutzaufgaben würden in den Bereich der Kammer verlagert. Es sei die Auffassung der Ministerin, dass das der richtige Weg sei. Er finde schon, dass die Ministerin die Sorgen, die es im Naturschutzbereich im Ehrenamt gebe – darüber habe der Ausschuss diskutiert, Vergütungssätze etwa –, anscheinend nicht ernst nehme.

Wenn man sich das Gesamtvolumen des Landeshaushalts angucke, dann sei das so deutlich gestiegen in den letzten Jahren, weil die Einnahmesituation so gut gewesen sei. Vor dem Hintergrund finde er es absolut enttäuschend, dass der Naturschutzetat unter der Ministerin leider nur „konstant“ bleiben könne.

Dr. Ralf Nolten (CDU) macht darauf aufmerksam, dass in dem Kapitel zur Landwirtschaftskammer stehe, Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter. Das heiße, es müsse immer wieder abgeschätzt werden, welche Aufgaben die Landwirtschaftskammer für das Land übernehme und was die Aufgaben seien, die die Landwirtschaftskammer als Selbstvertretung für den Bereich Landwirtschaft erbringe. Das werde über Gutachten immer wieder dargestellt. Das sei Verpflichtung des Landes.

Jetzt könne man in den Personalbereich gehen. Er frage Herrn Kaschny, ob er sagen könne, mit wieviel Prozent im letzten Jahr die Landesbüros der Naturschutzverbände finanziert worden seien – es gehe um 764.000 Euro –, und wie hoch das aufgrund der vertraglichen Verpflichtung im letzten Jahr angehoben worden sei.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) erklärt, die Antwort werde nachgeliefert.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
72. Sitzung (öffentlich)

09.11.2021
sd-yö

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 – Einzelplan 10 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

